



Planervertrag

Projektbezeichnung: PFA Mieterausbau Westpark **Projektnummer:** 00403
BKP/Arbeitsgattung: 291 Generalplaner **Auftragsnummer:**
Objekt: Pfingstweidstrasse 60 **Exemplar** ☐ Auftraggeber
8005 Zürich ☐ Beauftragter

Total Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2

**CHF Fehler! Bild-
Zeichenfolge enthält
ungleiche
Anführungszeichen.
(exkl. MWST)**

**CHF Fehler! Bild-
Zeichenfolge enthält
ungleiche
Anführungszeichen.
(inkl. MWST)**

abgeschlossen zwischen

Universität Zürich
Direktion Immobilien und Betrieb

handelnd durch

Bauprojektmanagement
Stampfenbachstrasse 73
8006 Zürich

nachstehend bezeichnet mit

Auftraggeber und

☐ der Unternehmung
Adresse
MWST Nr. / UID

.....
.....
.....

☐ der Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft), bestehend aus:

1. Federführende Unternehmung:

2.

Adresse / Zustelldomizil
MWST Nr. / UID

.....
.....

mit Generalplanerfunktion

☐ mit folgenden Subplanern

1.

2.

nachstehend bezeichnet mit

Beauftragter

1	Vertragsgegenstand	3
1.1	Projektdefinition	3
1.2	Leistungsumfang des Beauftragten innerhalb des Projektes	3
2	Vertragsbestandteile und Rangfolge bei Widersprüchen.....	3
2.1	Liste der Vertragsbestandteile	3
2.2	Rangfolge bei Widersprüchen	4
3	Leistungen des Beauftragten.....	5
3.1	Leistungsvereinbarung zu Teilphasen	5
3.2	Übertragene Teilphasen	5
3.3	Genauigkeit der Kosteninformationen des Beauftragten	5
3.4	Gesamtleitung	6
4	Vergütung	7
4.1	Vergütung mit Festpreisen.....	7
4.2	Vergütung nach erbrachtem Zeitaufwand.....	7
4.3	Nebenkosten	8
4.4	Preisänderungen infolge Teuerung	8
4.5	Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen	8
5	Finanzielle Modalitäten	9
5.1	Zahlungsmodalitäten.....	9
5.2	Rechnungsstellung und Bezahlung	9
5.3	Zahlungsfristen	9
5.4	Zahlungsort	9
6	Fristen und Termine.....	9
6.1	Für die Planungs- und Projektierungsphase (SIA-Teilphasen 31-41)	9
6.2	Für die Realisierungsphase (SIA-Teilphasen 51-53).....	10
7	Ansprechstellen	10
8	Versicherungen	10
8.1	Grundversicherung	10
8.2	Zusatzversicherungen.....	10
9	Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung	11
10	Integritätsklausel.....	11
11	Besondere Vereinbarungen	11
11.1	Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen	11
11.2	Weitere besondere Vereinbarungen.....	11
12	Inkrafttreten	13
13	Vertragsänderungen	13
14	Anwendbares Recht, Streitigkeiten und Gerichtsstand.....	13
15	Ausfertigung.....	13
16	Unterschriften.....	14

1 Vertragsgegenstand

1.1 Projektdefinition

00403 PFA Mieterausbau Westpark

In der angemieteten Liegenschaft Westpark (Pfingstweidstrasse 60, 8005 Zürich) werden Büroflächen auf mehreren Stockwerken im Mieterausbau erstellt. Grundlage bilden das Projektpflichtenheft (mit Organigramm) vom März 2022, Belegungspläne vom März 2022, die Schnittstellenliste Grund-/ Mieterausbau und das Bürokonzept vom 13.07.2021

1.2 Leistungsumfang des Beauftragten innerhalb des Projektes

Der Auftraggeber überträgt dem Beauftragten gemäss diesem Vertrag und seinen Bestandteilen folgende Leistungen:

- ☒ Leistungen Architekt mit Gesamtleitung (SIA 102/2014, zur Gesamtleitung vgl. SIA 102 Art. 3.4)
- ☐ Leistungen Bauingenieur (SIA 103/2014)
- ☐ Leistungen Landschaftsarchitekt (SIA 105/2014)
- ☒ Leistungen Elektroingenieur ohne Gesamtleitung (SIA 108/2014)
- ☒ Leistungen Heizung-, Lüftung-, Klima-, Kälteingenieur ohne Gesamtleitung (SIA 108/2014)
- ☒ Leistungen Sanitäringenieur (SIA 108/2014)
- ☒ Leistungen Fachkoordination Gebäudetechnik (vgl. SIA 108/2014 Art. 3.7)
- ☒ Leistungen Gebäudeautomation (vgl. SIA 108/2014 Art. 8)

- ☒ Leistungen Spezialisten
Thermische und akustische Bauphysik
Sicherheitsplanung

Der Umfang der Leistungen des Beauftragten umfasst dabei alle Grundleistungen gem. Leistungsbeschrieb des Art. 4 SIA 102 und 108 sowie die Abänderungen und Ergänzungen zum Artikel 4 "Leistungsbeschrieb" der SIA-Ordnungen 102/2014 und 108/2014.

2 Vertragsbestandteile und Rangfolge bei Widersprüchen

2.1 Liste der Vertragsbestandteile

Integrierte Bestandteile des Vertrages sind entsprechend ihrer Bedeutung in nachstehender Rangfolge:

Die vorliegende Vertragsurkunde.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2020.

Weitere Vertragsbestandteile (VB):

- | | | |
|------|--|-----------------|
| VB 1 | Nachhaltiges Bauen: Bedingungen für Planerleistungen (Hochbau) | (Beilage ...3) |
| VB 2 | Spezielle Bedingungen DIB (Richtlinien auf Homepage
https://www.ib.uzh.ch/de/technische-richtlinien.html) | (Beilage) |
| VB 3 | Grundleistungen des Planers
Abänderungen und Ergänzungen zum Artikel 4 "Leistungsbeschrieb" der
SIA-Ordnungen 102/2014, 103/2014, 105/2014 und 108/2014 gemäss
Beilage «Grundleistungen des Planers, Abänderungen und Ergänzungen
zum Artikel 4» | (Beilage ...2) |
| VB 4 | Projekthandbuch | (Beilage ...4) |
| VB 5 | Es gelten die Artikel 3.4 und 4 der SIA Ordnung 102/2014. | |
| VB 6 | Es gelten die Artikel 3.4 und 4 der SIA Ordnung 108/2014. | |

VB 7	SIA-Ordnung 118/2013, soweit diese Aufgaben der Bauleitung enthält und die Bauleitung Teil des vorliegenden Vertrages bildet.	
VB 8	Versicherungsnachweis	(Beilage7)
VB 9	Das Angebot des Beauftragten vom, bereinigt gemäss Protokoll vom (inkl. Honorarberechnung, Personeneinsatzliste und Organigramm)	(Beilage1)
VB 10	Ausschreibungsunterlagen	(Beilage5)
VB 11	

2.2 Rangfolge bei Widersprüchen

Soweit zwischen den hiavor aufgeführten Vertragsbestandteilen ein Widerspruch besteht, ist die vorgenannte Rangfolge für den Vorrang massgeblich. Besteht ein Vertragsbestandteil aus mehreren Dokumenten, geht bei Widersprüchen das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Beauftragten sowie seiner Subunternehmer und Lieferanten gelten nur dann, wenn sie in Ziffer 11 (Besondere Vereinbarungen) aufgeführt sind.

3 Leistungen des Beauftragten

3.1 Leistungsvereinbarung zu Teilphasen

Der Beauftragte verpflichtet sich in Kenntnis des diesem Vertrag zugrundeliegenden Projektes (vgl. Ziffer 1.1 und 1.2 hiervor) zur Erbringung sämtlicher in dieser Vertragsurkunde und den weiteren Bestandteilen umschriebenen Leistungen (Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen).

3.2 Übertragene Teilphasen

Der vorliegende Vertrag umfasst die nachstehenden Teilphasen gemäss Art. 4 Ordnung SIA 102/2020 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung» :

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2020 resp. Norm SIA 112/2014 "Modell Bauplanung"
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input checked="" type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input checked="" type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

freigegeben wird mit Unterzeichnung der vorliegenden Vertragsurkunde jedoch nur:

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2020 resp. Norm SIA 112/2014 "Modell Bauplanung"
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

Weitere Teilphasen werden Schritt für Schritt durch schriftliche Anzeige des im Vertrag angegebenen Projektleiters des Auftraggebers freigegeben. Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Teilphasen nicht ausführen zu lassen. Betreffend Entschädigung gilt Art. 18 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2020.

3.3 Genauigkeit der Kosteninformationen des Beauftragten

Der Beauftragte hält bei seinen Kosteninformationen folgende Genauigkeiten ein:

- Kostengrobschätzung +/- 25%
- Kostenschätzung +/- 15%
- Kostenvoranschlag +/- 10%

3.4 Gesamtleitung

Der Beauftragte übernimmt die Gesamtleitung für phasenübergreifende Leistungen gemäss Art. 3.4 SIA Ordnung 102 2020).

4 Vergütung

4.1 Vergütung mit Festpreisen

- ☒ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom, bereinigt gemäss Protokoll vom
- ☐

Offerierte Vergütung brutto mit Festpreisen exkl. Nebenkosten	CHF
.....	CHF
.....	CHF
.....	CHF
Zwischentotal 1	CHF	0.00
./.. 0.00%	CHF	0.00
Zwischentotal 2	CHF	0.00
Nebenkosten 0.00%	CHF	0.00
Nebenkosten	CHF
Zwischentotal 3	CHF	0.00
./.. 0.00%	CHF	0.00
Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00
MWST zum Satz von 7.70%	CHF	0.00
Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00

Preis nach Baukosten

1. Für die Phase Vorprojekt (31) wird das Honorar gestützt auf die vorliegende Kostengrobschätzung gemäss Honorartabelle der Submissionsunterlagen pauschal vereinbart.
2. Für die Phasen Bauprojekt (32), Baubewilligung (33), Ausschreibung (41) und Realisierung (51 bis 53) wird das Honorar aufgrund des bewilligten KVs pauschalisiert (Phase 32 rückwirkend). Der KV wird durch den Projektausschuss UHZ freigegeben.

4.2 Vergütung nach erbrachtem Zeitaufwand

- ☐ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom, bereinigt gemäss Protokoll vom
- ☐

- ☐ Gemäss folgenden Stundenansätzen exkl. MWST:

Kategorie A, Chefarchitekt / -ingenieur	CHF
Kategorie B, Leitender Architekt /Ingenieur, Chefbauleiter	CHF
Kategorie C, Architekt / Ingenieur / Bauleiter	CHF
Kategorie D, Bautechniker	CHF
Kategorie E, Zeichner / Hilfsbauleiter	CHF
Kategorie F, Hilfspersonal	CHF
Kategorie G,	CHF
.....	CHF

Vereinbarte Vergütung

CHF

Als Kostendach

- ☐ Gemäss folgendem gemitteltem Stundenansatz exkl. MWST,
- der für alle seitens des Beauftragten eingesetzten Mitarbeiter gilt:

CHF

Vereinbarte Vergütung

CHF

Als Kostendach

Offerierte Vergütung brutto nach Zeitaufwand exkl. Nebenkosten

CHF

Fehler! Bild-Zeichenfolge enthält ungleiche Anführungszeichen.

./.. 0.00%

CHF

0.00

Zwischentotal 1

CHF

0.00

Nebenkosten 0.00%

CHF

0.00

Nebenkosten

CHF

Zwischentotal 2

CHF

0.00

./.. 0.00%

CHF

0.00

Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF)

CHF

0.00

MWST zum Satz von 7.70%

CHF

0.00

Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF)

CHF

0.00

4.3 Nebenkosten

☒ Übliche Nebenkosten:

Die Nebenkosten des Beauftragten werden dem Beauftragten mit pauschal 3% des Honorars exkl. MWST vergütet. In der Vergütung enthalten sind folgende Nebenkosten:

- Sämtliche Reisekosten (ohne Reisezeit; die Reisezeit wird nicht vergütet)
- Allfällige Spesen wie z.B. Unterkunft und Verpflegung
- Dokumentation aller bestellten Projektphasen; insbesondere die Dokumentation des Vorprojektes, des Bauprojektes und des realisierten Bauwerks
- Sämtliche für die Auftragserledigung erforderlichen Arbeitsmodelle, Fotografien, Pläne, Kopien und Datenträger sowie die Kosten für Büroinfrastruktur, Büromaterial, Porto, Telefon, Mobiltelefone, Computerinfrastruktur und Internet
- Alle erforderlichen Unterlagen für das Bewilligungsverfahren
- Alle erforderlichen Ausschreibungs- und Ausführungsunterlagen (für Dritte und Unternehmer)
- Betrieb eines elektronischen Projektraums (falls erforderlich)
- Versicherungsprämien (Berufshaftpflicht)

Einzelrechnungen für Nebenkosten sind von den Beauftragten zu bezahlen. Die Weiterverrechnung an den Auftraggeber erfolgt als separate Akontorechnung (BKP 524) ohne Einzelbelege

☐ Vergütung gemäss separater Vereinbarung vom (Anhang)..

4.4 Preisänderungen infolge Teuerung

- ☐ Preisänderungen infolge Teuerung werden gemäss der zur Zeit des Vertragsabschlusses aktuellen Fassung der Norm SIA 126 «Preisänderungen infolge Teuerung bei Planerleistungen» berechnet.
- ☐ Die Preisänderungen infolge Teuerung werden wie folgt vorgenommen:
Gemäss Beilageblatt «Teuerungsberechnung».
- ☒ Es erfolgen keine Preisänderungen infolge Teuerung.

4.5 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

4.5.1 Beschrieb nicht abschliessend definierter Leistungen

Keine.

4.5.2 Vergütungsregelung

5 Finanzielle Modalitäten

5.1 Zahlungsmodalitäten

Die Vergütung wird gemäss folgenden Modalitäten ausbezahlt:

- ☒ Der Beauftragte hat Anrecht auf Abschlagszahlungen im Umfang von 90% der erbrachten Leistungen.
- ☐ Gemäss Zahlungsplan vom

Die Schlusszahlung wird erst nach Übergabe der vollständigen Bauwerksdokumentation und genehmigten Schlussabrechnung fällig.

5.2 Rechnungsstellung und Bezahlung

Die Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung unter Angabe der Projektnummer gemäss Seite 1 dieses Vertrages sowie der MWST Nr. des Beauftragten und des Mehrwertsteuerbetrages an die nachfolgende Adresse einzureichen:

Universität Zürich
Direktion Immobilien und Betrieb
Bauprojektmanagement
Vorname/Name Projektleitung UZH
Stampfenbachstrasse 73
8006 Zürich

Die Rechnungen haben sich detailliert und nachprüfbar zu den nach diesem Vertrag geschuldeten und erbrachten Leistungen zu äussern. Diesen Anforderungen nicht genügende Rechnungen werden an den Beauftragten zur Korrektur und allenfalls Ergänzung der Dokumentation zurückgewiesen. Die beanstandete Rechnung wird bis zur Nachreichung eines ordnungsgemässen Zahlungsbegehrens vollumfänglich nicht fällig.

Der Mehrwertsteuerbetrag ist separat auszuweisen. Die Nebenkosten sind separat in Rechnung zu stellen.

5.3 Zahlungsfristen

Der Auftraggeber leistet fällige Zahlungen innerhalb von 45 Tagen.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Schlussabrechnung gemäss Ziffer 9.5 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2020.

5.4 Zahlungsort

Der Auftraggeber überweist fällige Zahlungen an

IBAN: Konto-Nr.:

6 Fristen und Termine

6.1 Für die Planungs- und Projektierungsphase (SIA-Teilphasen 31-41)

Frist / Termin: Tätigkeit:

–
–
–

6.2 Für die Realisierungsphase (SIA-Teilphasen 51-53)

Es gilt das zu vereinbarende Planlieferungsprogramm auf Basis Grobterminplan gemäss Submissionsunterlagen.

Frist / Termin: Tätigkeit:

–
–
–

7 Ansprechstellen

Für sämtliche Zwecke des vorliegenden Vertrages, einschliesslich Vertragsänderungen, der Übermittlung und Zustellung von Mitteilungen, Anfragen und dergleichen, lautet die Ansprechstelle:

Auftraggeber

Name und Adresse

E-Mail: Telefon:
.....

Beauftragter

Name und Adresse

E-Mail: Telefon:
.....

Ändern eine Ansprechstelle oder deren Kontaktdetails, erfolgt umgehend eine schriftliche Mitteilung an die anderen Ansprechstellen.

8 Versicherungen

Der Beauftragte bzw. die Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff OR) erklärt, für die Dauer des Auftrages folgende Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen zu haben, die Versicherungsdeckung während der Dauer des Auftrages aufrechtzuerhalten und die entsprechenden, gültigen Versicherungsnachweise dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

Diesem Vertrag ist ein Versicherungsnachweis der Versicherungsgesellschaft beizulegen, aus welchem sich ergibt, dass der Beauftragte bzw. die Planergemeinschaft bei Auftragsbeginn über eine Versicherungsdeckung verfügt.

8.1 Grundversicherung

<input checked="" type="checkbox"/> Personenschäden	CHF	<u>10'000'000.00</u>	pro Einzelereignis
<input checked="" type="checkbox"/> Sachschäden	CHF	<u>10'000'000.00</u>	pro Einzelereignis

8.2 Zusatzversicherungen

<input checked="" type="checkbox"/> Bautenschäden	CHF	<u>5'000'000.00</u>	pro Einzelereignis
<input checked="" type="checkbox"/> Vermögensschäden	CHF	<u>1'000'000.00</u>	pro Einzelereignis
<input type="checkbox"/> Der Beauftragte erklärt, folgende projektspezifischen Risiken zusätzlich versichert zu haben:			
–			

Versicherungsgesellschaft:

Policen-Nr.:

Selbstbehalt pro Schadenereignis:

CHF _____
(vom Beauftragten anzugeben)

9 Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung

Der Beauftragte verpflichtet sich, für Leistungen in der Schweiz die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuhalten.

Er erklärt, gesetzliche Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge sowie die übrigen Beiträge gemäss allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen geleistet zu haben und für die Dauer des Vertrages weiter zu leisten.

Des Weiteren verpflichtet sich der Beauftragte, für Leistungen in der Schweiz die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einzuhalten.

Zieht der Beauftragte zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er diese schriftlich zu verpflichten, die vorgenannten Grundsätze ebenfalls einzuhalten.

Bei Verletzung der Pflichten gemäss dieser Vertragsziffer schuldet der Beauftragte dem Auftraggeber pro Verstoss eine Konventionalstrafe in der Höhe von 5.00% der Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2 exkl. MWST, mindestens aber CHF 5'000.00, höchstens jedoch CHF 50'000.00.

10 Integritätsklausel

- ☒ Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden.

Bei Missachtung der Integritätsklausel hat der Beauftragte dem Auftraggeber eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der Vertragssumme, mindestens CHF 3'000.00 je Verstoss.

Der Beauftragte nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoss gegen die Integritätsklausel zu einer Auflösung des Vertrages aus wichtigen Gründen durch den Auftraggeber führen kann.

☐ _____

11 Besondere Vereinbarungen

11.1 Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen

In Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für Planerleistungen KBOB, Ausgabe 2020, wird Folgendes festgelegt:

Ziffer 9.5: Die in der Teilphase «Leitung der Garantearbeiten» vereinbarten Leistungen werden bereits bei der Schlussabrechnung des Beauftragten vergütet, sind jedoch während den festgelegten Rüge- und Verjährungsfristen durch den Beauftragten jederzeit zu gewährleisten und zu umzusetzen.

Ziffer 15.3: Es gilt eine generelle Rügefrist von 5 Jahren (Werk- sowie Plan- und Berechnungsmängel). Der Auftraggeber kann während dieser 5 Jahre Mängel jederzeit rügen. Der Auftragnehmer hat eine Zwischenprüfung nach 2 Jahren ab Beginn der Rügefrist sowie eine Schlussprüfung vor Ablauf der 5-Jahres-Rügefrist durchzuführen und zu koordinieren sowie die Garantearbeiten zu leiten.

Ziffer 16.1: Nach dem Abschluss des Projektes (Übergabe an Auftraggeberin) oder bei frühzeitiger Vertragsauflösung gehen die Immaterialgüterrechte, insbesondere das Urheberrecht, die im Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Projekt allenfalls entstanden sind, ohne weitere Kostenfolgen unter Vorbehalt des Art. 11 Abs. 2 URG an den Auftraggeberin über (Art. 12 Abs. 3 URG). Der Beauftragte hat in seinen Vereinbarungen mit Dritten dafür zu sorgen, dass auch deren Immaterialgüterrechte, welche im

Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Projekt entstanden sind, auf den Auftraggeber übergehen.

11.2 Weitere besondere Vereinbarungen

Ferner treffen die Parteien folgende besondere Vereinbarungen:

1. Die Kostendarstellung in sämtlichen Projektphasen (Kostengrobschätzung, Kostenschätzung, Kostenvoranschlag und Schlussabrechnung) wird nach BKP geführt. Die MWST ist in den einzelnen Positionen einzurechnen.
- ~~2. Die Kostendarstellung der Projektphasen Vorprojekt und Bauprojekt wird zusätzlich nach eBKP-H geführt.~~
3. Die Schlussabrechnung ist nach BKP 4-stellig dargestellt abzugeben.
4. In den Kosteninformationen ist zudem eine auftraggeberseitige Projektreserve in der Höhe von CHF .xxx. für «Unvorhergesehenes» in der BKP-Position 61 auszuweisen.
Die vorgenannte auftraggeberseitige Projektreserve ist nicht Bestandteil der honorarberechtigten Bausumme, muss aber in der Kostenprognose ausgewiesen und nachgeführt werden. Die auftraggeberseitige Projektreserve wird ausschliesslich durch den Auftraggeber (die Bauherrin) verwaltet.
5. Am Ende jeder Phase (Vorprojekt, Bauprojekt, Ausführung) sind die Gebäudekenndaten (Kosten, Fläche, Volumen) abzugeben.
6. Die Bauwerksdokumentation resp. Revisionsunterlagen sind gemäss ausgefülltem Beilageblatt «Inhalte Abschluss Bauwerksdokumentation» zu erstellen. Liegt dem Vertrag kein Beilageblatt «Inhalte Abschluss Bauwerksdokumentation» bei, sind sämtliche Dokumente im pdf-Format sowie im Originalformat abzugeben (Word, Excel, CAD Daten, InDesign, Fotoformate, etc.).
7. Für alle Werbemassnahmen, insbesondere auch für Publikationen über das Bauvorhaben, ist die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers erforderlich.
8. Der Beauftragte ist dafür besorgt, dass keine Daten – weder durch ihn, noch durch seine Beauftragte – ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin an Dritte weitergeleitet werden. Die Abgabe von Unterlagen an Dritte ist jeweils mit dem Auftraggeber abzusprechen und schriftlich durch den Projektleiter des Auftraggebers zu bestätigen.
9. Der Beauftragte ist verantwortlich, dass Rechnungen von Unternehmen innerhalb der nachfolgend aufgeführten Fristen geprüft und an den Auftraggeber weitergeleitet werden.
- 9.1. Bei vereinbarten Zahlungsplänen, bei Abschlagszahlungen nach geschätzter Leistungserbringung, bei Abschlagszahlungen nach effektiv erbrachter Leistung bei Einheitspreisverträgen, sowie bei Regierechnungen und Abrechnungen für Preisänderungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 10 Tage (Poststempel) nach Eingang beim Beauftragten.
- 9.2. Bei Schlussrechnungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 30 Tage (Poststempel) nach Eingang beim Beauftragten des Auftraggebers.
Hält der Beauftragte diese Prüf-/Weiterleitungsfristen nicht ein, behält sich der Auftraggeber vor, von Dritten geltend gemachte Verzugszinsen und/oder rückgeforderte Skonti dem Beauftragten in Rechnung zu stellen oder mit dessen Honorarforderungen zu verrechnen.
10. Vor dem Projektstart nennt der Beauftragte dem Auftraggeber eine für das CAD verantwortliche Person. Nach Projektstart ist ein typischer CAD-Plan für den Plausibilitätstest an die Fachstelle CAD des Auftraggebers per E-Mail zu senden. Die erste Abschlagszahlung erfolgt erst nach durchgeführtem Plausibilitätstest gemäss CAD-Richtlinie. Alle weiteren Pläne müssen gemäss dem eingereichten Plan erstellt werden.
11. In den Werkverträgen mit den Unternehmen ist ein einheitlicher, vertragsübergreifender Beginn der Rüge- und Verjährungsfrist für alle Arbeitsgattungen festzulegen. Die Rüge- und Verjährungsfrist hat mit dem Datum der Übergabe des gesamten Bauwerks durch den Beauftragten an den Auftraggeber im Sinne der LHO 102 (2014), Phase 4.53, Inbetriebnahme, zu beginnen. Dieses Datum ist zwischen

Auftraggeber und Beauftragtem festzulegen und durch den Beauftragten den Unternehmern mitzuteilen.

12. Im Verhältnis zwischen Auftraggeber und Beauftragtem gemäss vorliegendem Vertrag gilt folgendes: Es gilt für Mängel jeglicher Art eine Rügefrist von fünf Jahren und eine Verjährungsfrist von 5 Jahren. Rügefrist und Verjährungsfrist beginnen mit der Übergabe des gesamten Bauwerks durch den Beauftragten an den Auftraggeber im Sinne der LHO 102 (2014), Phase 4.53, Inbetriebnahme, zu laufen. In der Zeit zwischen den durch den Beauftragten zu protokollierenden erfolgreichen Abnahmeprüfungen gegenüber den Unternehmern und dem Beginn der Rüge- und der Verjährungsfrist kann der Auftraggeber Mängel jederzeit geltend machen. Die vorstehenden Regeln gelten nur so lange, als die Verjährungsfrist gegenüber dem Beauftragten für Mängel seiner Werke oder Mängel im erstellten Bauwerk zehn Jahre nicht überschreitet.
13.
 - 1) Der Beauftragte verpflichtet sich alle vertraglichen Bestimmungen, die für ihn gelten, auch allen seinen Subplanern zu überbinden.
 - 2) Sind weitere Fachplaner und Spezialisten, als in der Leistungsofferte genannten Generalplanerteam, erforderlich, hat deren Beauftragung in Absprache mit dem Auftraggeber zu erfolgen. Der Auftraggeber behält sich ein Vetorecht vor.
 - 3) Der Auftraggeber behält sich vor, bei ungenügender Leistung einzelner Subplaner zu intervenieren und gegebenenfalls den Generalplaner zu verpflichten, einzelne Subplaner auszutauschen.
14. Der Auftragnehmer rapportiert dem Auftraggeber seinen Aufwand quartalsweise (monatlich). Im Rapport ist pro Tag darzulegen, wer, wie viele Stunden, zu welchem Stundensatz, mit welcher Tätigkeit für den Auftrag tätig war.
15. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber per Email, sobald die Aufwendungen 65% des geschätzten Aufwands erreicht haben.

12 Inkrafttreten

Der vorliegende Vertrag tritt mit der Unterzeichnung durch die Parteien in Kraft.

13 Vertragsänderungen

Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Parteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages lückenhaft, rechtlich unwirksam oder aus anderen Gründen undurchführbar sein, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Falle eine Vereinbarung treffen, welche die betreffende Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich möglichst gleichwertige Bestimmung ersetzt.

14 Anwendbares Recht, Streitigkeiten und Gerichtsstand

Auf den vorliegenden Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechts (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.04.1980) werden wegbedungen.

Entsteht zwischen den Parteien Streit, verpflichten sie sich, in direkten Gesprächen eine gütliche Einigung zu suchen. Allenfalls ziehen sie eine unabhängige und kompetente Person bei, deren Aufgabe es ist, zwischen den Parteien zu vermitteln und den Streit zu schlichten. Jede Partei kann der anderen Partei die Bereitschaft für ein Streitschlichtungsverfahren (direktes Gespräch oder Vermittlung mit Drittperson) schriftlich anzeigen. Mit Hilfe des Vermittlers legen die Parteien das geeignete Vorgehen und die einzuhaltenden Regeln fest.

Wird kein Streitschlichtungsverfahren vereinbart oder können sich die Parteien innert 60 Tagen nach Erhalt der Anzeige weder in der Sache noch über die Wahl des Vermittlers einigen oder scheitert die Vermittlung innert 90 Tagen nach Erhalt der Anzeige, steht jeder Partei der Rechtsweg an ein ordentliches Gericht offen.

Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem vorliegenden Vertrag vereinbaren die Parteien den Sitz des Auftraggebers.

15 Ausfertigung

Die vorliegende Vertragsurkunde wird zweifach ausgefertigt. Jede Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Der Auftraggeber:

Universität Zürich

vertreten durch:

Visum Fachstelle Bauverträge DIB:

Direktion Immobilien und Betrieb

Bauprojektmanagement

Ort / Datum

Ort / Datum

.....
Name

Funktion

.....
Name

Projektleiter

Die unterzeichnenden Mitglieder der Planergemeinschaft

- erklären, dass sie für die Vertragserfüllung solidarisch haften;
- bestätigen, dass die federführende Unternehmung die Planergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber bis auf schriftlichen Widerruf vertritt und sie alle Mitteilungen an diese Firma als gültige Zustellung an die Planergemeinschaft anerkennen;
- bestätigen, dass die vom Auftraggeber an den Zahlungsort gemäss Ziffer 5.4 hiervoor geleisteten Zahlungen befreiende Wirkung haben.

Der Beauftragte bzw. die beauftragten Mitglieder der Planergemeinschaft:

.....

Ort / Datum

Ort / Datum

.....
Name

Funktion

.....
Name

Funktion

.....



Allgemeine Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen

Ausgabe 2020

1 Sorgfalts- und Treuepflicht

- 1.1 Der Beauftragte wahrt die Interessen des Auftraggebers nach bestem Wissen und unter Beachtung des allgemein anerkannten Wissenstandes seines Fachgebietes.
- 1.2 Der Beauftragte vermeidet Kollisionen mit eigenen Interessen oder mit solchen Dritter.
Der Beauftragte informiert den Auftraggeber über mögliche Konfliktpunkte.

2 Informations- und Abmahnungspflicht des Beauftragten

- 2.1 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und holt insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Er zeigt sofort alle Umstände schriftlich an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten. Lassen sich auf Grund der Bearbeitung Veränderungen in noch zu bearbeitenden Phasen oder Teilphasen erkennen, so meldet dies der Beauftragte umgehend schriftlich dem Auftraggeber.
- 2.2 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber umgehend schriftlich über erkennbare Abweichungen vom vereinbarten Bearbeitungsaufwand sowie über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der vereinbarten Leistungen angezeigt erscheinen lassen (z.B. neue Konstruktionsart, neuartige Arbeitsabläufe oder neue Werkstoffe).
- 2.3 Der Beauftragte macht den Auftraggeber schriftlich auf nachteilige Folgen von dessen Weisungen, insbesondere hinsichtlich Termine, Qualität und Kosten aufmerksam und mahnt unzweckmässige Anordnungen und Begehren ab.

3 Planergemeinschaft

- 3.1 Änderungen im Bestand und in der Zusammensetzung der Planergemeinschaft bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Die im Innenverhältnis der Planergemeinschaft vereinbarten Regelungen über die Beitragsleistungen sowie den Anteil an Gewinn und Verlust wirken nicht gegenüber dem Auftraggeber.
- 3.2 Die Mitglieder der Planergemeinschaft erklären sich bereit, dass die einfache Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines einzelnen Gesellschafters und im Einverständnis mit dem Auftraggeber weitergeführt wird. Die Anwendung von Art. 536 OR (Konkurrenzverbot) wird wegbedungen.

4 Beizug von Dritten

- 4.1 Der Beizug von Dritten für die Vertragserfüllung bedarf der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 4.2 Die vom Beauftragten zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Falle als dessen Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung oder Kenntnisnahme des Auftraggebers zum bzw. vom Beizug von Dritten lässt die Haftung des Beauftragten aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag unberührt. Art. 399 OR wird ausdrücklich wegbedungen.
- 4.3 Bei Zahlungsschwierigkeiten des Beauftragten, bei schwerwiegenden Differenzen zwischen dem Beauftragten und Dritten oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe kann der Auftraggeber, nach vorheriger Anhörung der Beteiligten, einen Dritten direkt bezahlen oder den Forderungsbetrag auf Kosten des Beauftragten hinterlegen, beides mit befreiender Wirkung gegenüber dem Beauftragten. In jedem Fall gibt der Auftraggeber dem Beauftragten davon schriftlich Kenntnis.

5 Inhalt und Umfang der Vertretungsbefugnisse des Beauftragten

- 5.1 Grundsätze
Der Beauftragte ist grundsätzlich nicht befugt, gegenüber Dritten für den Auftraggeber verbindlich rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben.
Der Beauftragte ist jedoch befugt, einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen und Lieferungen im Rahmen des Kostenvoranschlages bis zu CHF 5'000.-- im Einzelfall (exkl. MWST) selbständig zu vergeben. Der Auftraggeber ist über die Bestellung umgehend zu orientieren.
Grössere Vergaben werden vom Auftraggeber ausgelöst.
Der Beauftragte ist verpflichtet, Mitteilungen und Erklärungen Dritter (Behörden, Unternehmer, Spezialisten usw.), welche das Auftragsziel tangieren (z.B. Mitteilungen zu den vereinbarten Qualitäts- und Risikoschwerpunkten, geschäftliche Schwierigkeiten der Vertragspartner, damit verbundene Begehren von Dritten, Preisänderungsbegehren, Abmahnungen), unverzüglich an den Auftraggeber weiterzuleiten.

5.2 Realisierungsphase

Enthalten die übertragenen Leistungen eine Bauleitungsaufgabe, hat der Beauftragte die Bauleitung im Sinne von Art. 33 ff. Norm SIA 118 (2013) im Rahmen des vom Auftraggeber mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrages wahrzunehmen. Davon ausgeschlossen sind die nachstehenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, welche sich der Auftraggeber gegenüber dem Unternehmer in jedem Fall ausdrücklich vorbehalten hat:

- Vertragsänderungen, die keine Beststellungsänderung sind,
- Beststellungsänderungen, die in terminlicher, qualitativer sowie finanzieller Hinsicht wesentlich sind,
- Erklärungen über das Vorliegen von Mängeln im Zusammenhang mit Abnahmen und Teilabnahmen,
- abschliessende Anerkennung von Ausmassen, Regierapporten sowie Genehmigung der Schlussabrechnung nach Prüfung durch die Bauleitung,
- Einforderung und Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen und Konventionalstrafen.

Der Beauftragte übernimmt die vorliegende Vollmachtregelung in die Werkverträge, sofern er diese vorbereitet.

6 Vertragsänderungen

- 6.1 Der Auftraggeber kann die Änderung von vereinbarten Leistungen verlangen.
- 6.2 Die Änderungen der Leistungen sowie die erforderlichen Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden in jedem Falle vor der Inangriffnahme weiterer Bearbeitungsschritte geklärt und schriftlich in einem Nachtrag zu diesem Vertrag vereinbart. Eine allfällige Anpassung des Honorars berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage zuzüglich Teuerung, sofern eine Teuerungsanpassung vertraglich vereinbart ist.
- 6.3 Der Auftraggeber entschädigt den Beauftragten für ausgewiesene und freigegebene Leistungen, die vor der Beststellungsänderung anfielen und durch diese nutzlos wurden.

7 Schlüsselpersonen

Vorbehältlich Kündigung, Krankheit und Tod können Schlüsselpersonen des Beauftragten, die für das vorliegende Projekt verantwortlich sind, nach Vertragsabschluss nur mit Zustimmung des Auftraggebers ersetzt werden. In jedem Fall muss eine Schlüsselperson durch eine gleich qualifizierte Person in ihrer Funktion ersetzt werden.

8 Weisungsrecht des Auftraggebers

- 8.1 Der Auftraggeber hat das Recht, dem Beauftragten im Rahmen der Vertragsabwicklung Weisungen zu erteilen. Beharrt der Auftraggeber trotz schriftlicher Abmahnung des Beauftragten schriftlich auf seiner Weisung, ist der Beauftragte für deren Folgen gegenüber dem Auftraggeber nicht verantwortlich.
- 8.2 Beharrt der Auftraggeber trotz Abmahnung darauf, Sicherheitsregeln nicht einzuhalten, kann der Beauftragte, um seine Haftung gegenüber Dritten auszuschliessen, sein Mandat niederlegen. Eine Schadenersatzpflicht gegenüber dem Auftraggeber wegen Kündigung zur Unzeit ist diesfalls ausgeschlossen.
- 8.3 Erteilt der Auftraggeber Dritten in Ausnahmefällen direkt Weisungen, so orientiert er den Beauftragten schriftlich ohne Verzug.

9 Vergütung

9.1 Honorar und Nebenkosten

Die Rechnungsstellung für die gesamten Leistungen (inkl. Nebenkosten) erfolgt in der Regel pro Teilphase. Für Teilphasen mit einer Bearbeitungszeit von mehr als 3 Monaten können monatliche Abschlagszahlungen mit den erforderlichen Leistungsausweisen und Belegen in Rechnung gestellt werden.

Für jede vereinbarte Teilphase (vgl. Ziffer 3 der Vertragsurkunde) ist spätestens zwei Monate nach Erbringung der letzten Leistung eine Übersicht zu erstellen, die durch ein prüffähiges Verzeichnis der erbrachten Leistungen zu dokumentieren ist und dem Auftraggeber einen Überblick über sämtliche vom Beauftragten gestellten Rechnungen sowie über die erhaltenen und die noch ausstehenden Zahlungen gibt.

9.2 Kostendach

Die Überschreitung eines vereinbarten Kostendaches geht zu Lasten des Beauftragten, es sei denn, der Auftraggeber hätte einer Beststellungsänderung schriftlich zugestimmt oder Mehrkosten aus andern Gründen zu vertreten.

9.3 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

Leistungen, die bei Vertragsabschluss noch nicht abschliessend definiert werden können, werden im Vertrag als solche bezeichnet. Insbesondere handelt es sich dabei um Leistungen, die in späteren Phasen oder Teilphasen zu erbringen sind.

Über Inhalt und Umfang dieser Leistungen sowie deren Vergütung und Berechnungsbasis einigen sich der Auftraggeber und der Beauftragte anhand der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage vor deren Ausführung schriftlich in einem Nachtrag zum Vertrag.

9.4 Honorarkürzungen und Rückbehalt

Bei Nichteinhalten der vertraglich vereinbarten Kostengenauigkeit gemäss Art. 3.3, die durch den Beauftragten verschuldet sind, behält sich der Auftraggeber vor, entsprechende Abzüge am Honorar vorzunehmen. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben in jedem Fall vorbehalten.

Hat der Beauftragte das Entstehen grösserer Mängel mit oder alleine zu verantworten, kann der Auftraggeber einen Rückbehalt mindestens im Umfang der geschätzten Mängelbehebungskosten und des geschätzten Schadens machen. Ein Rückbehaltungsrecht besteht nicht, soweit der Beauftragte den geltend gemachten Rückbehalt sicherstellt. Als Sicherstellung gilt insbesondere eine schriftliche Bestätigung der Versicherung des Beauftragten, wonach für die geltend gemachten Schäden im Falle einer Haftung eine Versicherungsdeckung besteht.

9.5 Schlussabrechnung des Beauftragten

Die in der Teilphase «Leitung der Garantiearbeiten» vereinbarten Leistungen werden bei der Schlussabrechnung des Beauftragten ausgeklammert und können erst nach Durchführung der Schlussprüfung gemäss Art. 177 Norm SIA 118 (2013) bzw. nach Abschluss der Arbeiten aus der betreffenden Teilphase gesondert in Abrechnung gestellt werden, sofern dafür nicht eine auf ersten Abruf einlösbare Erfüllungsgarantie geleistet wird.

10 Sicherheitsvorschriften

10.1 Der Beauftragte hält die massgebenden Sicherheitsvorschriften ein.

10.2 Der Auftraggeber behält sich in jedem Fall das Recht vor, bei groben oder wiederholten Pflichtverletzungen durch den Beauftragten die sofortige Einstellung der Arbeiten zu veranlassen.

11 Wahrung der Vertraulichkeit

- 11.1 Der Auftraggeber und der Beauftragte behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Vertraulichkeitspflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.
- 11.2 Die militärische Geheimhaltung richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften

12 Veröffentlichungen

- 12.1 Die Veröffentlichung von Bauplänen, Beschreibungen und fotografischen Aufnahmen von Plänen und Bauten des Objektes bedarf in jedem Fall der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Art. 27 URG (Panorama-recht) bleibt vorbehalten. Die Zustimmung darf nur bei Vorliegen schützenswerter Interessen verweigert werden.
- 12.2 Dem Beauftragten steht das Recht zu, in entsprechenden Veröffentlichungen des Auftraggebers oder Dritter als Urheber genannt zu werden.

13 Haftung des Beauftragten

- 13.1 Der Beauftragte haftet insbesondere bei Verletzung seiner Sorgfalts- und Treuepflicht, für die Nichtbeachtung oder Verletzung anerkannter Regeln seines Fachgebietes, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei ungenügender Veranschlagung und Überwachung der Kosten inkl. Prüfung von Unternehmerrechnungen sowie bei Verlust von Mängelrechten gegenüber dem mit der Bauausführung beauftragten Unternehmer.
- 13.2 Ungenügende bzw. fehlerhafte Unterlagen werden vom Auftraggeber zur unentgeltlichen Überarbeitung zurückgewiesen.
- 13.3 Bei Kosteninformationen kann der Auftraggeber im Rahmen der Genauigkeitsangaben auf das angegebene Kostentotal vertrauen. Sofern für einzelne Kostenelemente Genauigkeitsangaben vereinbart werden sollen, sind diese in der Vertragsurkunde aufzunehmen.
- 13.4 Die Geschäftsherrenhaftung für beigezogene Dritte beschränkt sich auf die gehörige Instruktion und Überwachung des Dritten, sofern der Auftraggeber den Beizug des Dritten entgegen der Abmahnung des Beauftragten verlangt.
- 13.5 Der Auftraggeber ergreift rechtzeitig alle zumutbaren Massnahmen, die geeignet sind, der Entstehung oder Vergrösserung eines Schadens entgegenzuwirken. Erhebt er gegenüber einem oder mehreren Unternehmern oder Lieferanten ausnahmsweise direkt Mängelrügen, so teilt er dies dem Beauftragten unverzüglich schriftlich mit.
- 13.6 Wenn ein Schaden, für den der Beauftragte haftet, durch Dritte mitverursacht wurde, wahrt der Auftraggeber seine Rechte gegenüber sämtlichen Verursachern, so dass der haftbare Beauftragte nach Bezahlung des Schadens auf sämtliche Mitverursacher Rückgriff nehmen kann.

14 Arbeitsunterbruch

- 14.1 Durch den Auftraggeber angeordnete Arbeitsunterbrüche geben dem Beauftragten keinen Anspruch auf zusätzliche Entschädigung bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten.
- 14.2 Bedingt der Unterbruch bei Wiederaufnahme der Arbeiten eine Überarbeitung bestehender Grundlagen oder werden in anderer Weise Mehraufwendungen notwendig, sind diese zusätzlichen Leistungen und deren Vergütung vor deren Inangriffnahme zwischen den Parteien schriftlich zu vereinbaren.

- 14.3 Vorbehalten bleibt in jedem Fall die Geltendmachung eines dem Beauftragten durch den Unterbruch entstandenen Schadens, sofern der Beauftragte beweist, dass der Auftraggeber den Unterbruch durch eine Verletzung des Planervertrages verschuldet hat.

15 Rügefrist und Verjährung

- 15.1 Ansprüche aus dem Vertrag verjähren unter Vorbehalt von Ziffer 15.2 hiernach innert 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der schädigenden Handlung. Für Gutachten beginnt die Frist mit deren Ablieferung zu laufen.
- 15.2 Ansprüche aus Mängeln des unbeweglichen Werkes verjähren innert 5 Jahren. Die Frist beginnt mit der Abnahme des Werks bzw. des Werkteils zu laufen.
- 15.3 Mängel sind grundsätzlich innert 60 Tagen seit Entdeckung zu rügen. Plan- und Berechnungsmängel, die zu einem Mangel eines unbeweglichen Werks bzw. Werkteils führen, kann der Auftraggeber indessen während der ersten zwei Jahre nach dessen Abnahme jederzeit rügen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Mängel innert 60 Tagen nach der Entdeckung zu rügen.

16 Urheberrecht

- 16.1 Das Urheberrecht verbleibt beim Beauftragten.
- 16.2 Dem Auftraggeber steht das unentgeltliche, unwiderrufliche und nicht ausschliessliche Recht zu, die Arbeitsergebnisse des Beauftragten zur Vollendung des Projektes für seine Bedürfnisse frei zu verwenden. Macht der Auftraggeber von diesem Recht ohne Einbezug des Beauftragten Gebrauch, steht diesem das Recht auf Bezahlung des in diesem Zeitpunkt geschuldeten Honorars zu, soweit vom Auftraggeber anerkannt. Soweit der Honoraranspruch streitig ist, hat der Auftraggeber den entsprechenden Betrag zu hinterlegen oder anderweitig sicherzustellen.
- 16.3 Das Abänderungsrecht des Auftraggebers bezüglich der Arbeitsergebnisse des Beauftragten gilt in begründeten Fällen bereits während der Planungsphase. Das Gleiche gilt für den Fall, dass der Vertrag vorzeitig aufgelöst wird, sofern der Auftraggeber nicht selbst den Grund für die Vertragsauflösung zu vertreten hat.

17 Übermittlung und Aufbewahrung von Dokumenten

- 17.1 Der Beauftragte bzw. jedes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft bewahrt alle Dokumente und Unterlagen, welche einen Bezug zu diesem Vertrag aufweisen und nicht dem Auftraggeber als Originale übergeben worden sind (wie Unterlagen zu den Entscheidungsschritten und Dokumente des ausgeführten Bauwerkes, seien dies Pläne, Skizzen, Berechnungen, Werkverträge, Bestellungen, Korrespondenzen, Abrechnungsunterlagen, Datenträger usw.), während mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Vertragsbeendigung im Zustand der Erstellung kostenlos auf.
- 17.2 Auf Verlangen legt der Beauftragte jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft ab und gibt alle Unterlagen heraus, zu deren Erstellung er sich im Rahmen der vereinbarten Honorierung vertraglich verpflichtet hat.

18 Vorzeitige Beendigung des Vertrages

- 18.1 Art. 377 OR wird wegbedungen.
- 18.2 Die Parteien können aus wichtigen Gründen jederzeit entschädigungslos vom Vertrag zurücktreten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere das Auswechseln von Schlüsselpersonen seitens des Beauftragten ohne Zustimmung des Auftraggebers bzw. ohne dass die in Ziffer 7 hiervoor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen.
- 18.3 Das Vertragsverhältnis kann im Übrigen von jeder Partei jederzeit widerrufen oder gekündigt werden. Die bis zur Vertragsauflösung vertragsgemäss erbrachten Leistungen werden dem Beauftragten ohne Honorarzuschlag vergütet.
- 18.4 Erfolgt die Vertragsauflösung zur Unzeit, so ist die zurücktretende Vertragspartei verpflichtet, der anderen den nachgewiesenen Schaden (in keinem Fall jedoch den entgangenen Gewinn) ohne jeden Zuschlag zu ersetzen.
- 18.5 Es liegt keine Auflösung zur Unzeit vor, wenn der Beauftragte dem Auftraggeber oder dieser dem Beauftragten begründeten Anlass zur Vertragsauflösung gegeben hat.
- 18.6 Die Vertragsauflösung durch den Auftraggeber gilt ferner nicht als unzeitig, wenn:
- Kreditgenehmigungen und Freigaben durch die Legislative, die Exekutive oder eine andere Behörde ausbleiben;
 - Bewilligungen ausbleiben;
 - der Auftraggeber einzelne Phasen nicht auslöst;
 - eine oder mehrere Schlüsselpersonen des Beauftragten, deren Mitarbeit für das Projekt wesentlich ist, in ihrer Funktion ohne Zustimmung des Auftraggebers oder ohne dass die in Ziffer 7 hiervoor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen, ersetzt werden.

19 Unterschriften

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen sind integrierender Bestandteil der Vertragsurkunde für Planerleistungen vom

Ort und Datum:

Ort und Datum:

.....'

.....'

Der Auftraggeber:

Der Beauftragte:

.....

.....

.....

.....



**Universität
Zürich** ^{UZH}

KBOB

Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren
Conférence de coordination des services de la construction et des immeubles des
maîtres d'ouvrage publics
Conferenza di coordinamento degli organi della costruzione e degli immobili dei
committenti pubblici
Coordination Conference for Public Sector Construction and Property Services

Anhang Zusammenstellung Vergütung (brutto, exkl. MWST)

(Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen)

Beilage Honorarangebot vom

Beilagenverzeichnis:

- Beilage 1: Das Angebot des Beauftragten samt Beilagen vom, bereinigt gemäss Protokoll vom (inkl. Honorarberechnung, Personeneinsatzliste)
- Beilage 2: Grundleistungen des Planers, Abänderungen und Ergänzungen zum Artikel 4 «Leistungsbeschreibung» der SIA-Ordnungen 102/2020 und 108/2020
- Beilage 3: KBOB Nachhaltiges Bauen: Bedingungen für Planerleistungen, Ausgabe 2017
- Beilage 4: Projekthandbuch vom XXX
- Beilage 5: Ausschreibungsunterlagen vom 20.12.21
- Beilage 6: Terminplan gemäss Ausschreibungsunterlagen vom 20.12.21
- Beilage 7: Versicherungsnachweis